

IM BLICKPUNKT: E-Partizipation



Was ist E-Partizipation?
Information und Konsultation
Digitale Petition und direkter Kontakt
Politisch aktiv und sozial vernetzt
Digital Divide
Authentizität vs. Anonymität





E-Partizipation

Um Flugblätter zu verteilen, Unterschriften zu sammeln oder um zu protestieren, muss man heute nicht mehr auf die Straße. Petitionen lassen sich online erstellen, unterzeichnen und einreichen. Wer auf sein politisches Anliegen aufmerksam machen will, kann über Kampagnenplattformen im Internet oder soziale Netzwerke ungleich mehr Menschen erreichen als in der Fußgängerzone. Auch Politiker können und müssen sich nicht mehr nur am Rednerpult präsentieren sondern auch online über aktuelle Twitter- oder Videobotschaften präsent sein.

DDoS-Attacken auf Webseiten (Distributed Denial of Service, die koordinierte Herbeiführung der Überlastung dieser Seiten) sind die Sitzblockaden der Netzwelt. Gleichzeitig finden Bewegungen, zum Beispiel die Revolutionen in der arabischen Welt, aus dem Internet ihren Weg auf die Straßen, indem Proteste über soziale Netzwerke organisiert werden. Andernorts arbeitet man über Facebook sogar ganze Verfassungen aus.

Hintergrund

E-Government umfasst die Umgestaltung interner und externer Verwaltungsprozesse zwischen staatlichen Institutionen, der Wirtschaft und Bürger(-innen) durch die Verwendung moderner Informations- und Kommunikationstechniken.

E-Demokratie beschreibt die Möglichkeiten der elektronischen Legitimation und Partizipation. Unter E-Demokratie fallen sowohl elektronische Wahlen (E-Voting) als auch digital (online) vermittelte Formen der Mitgestaltung politischer Entscheidungen durch Bürger(innen).

E-Aktivismus umfasst Informations- und Protestkampagnen von Bürger(inne)n und Nichtregierungsorganisationen (NROs), die moderne Informations- und Kommunikationstechniken nutzen, um auf ihre Sache aufmerksam zu machen.

Einen Überblick über die verschiedenen Definitionen und Formen von E-Partizipation und E-Demokratie bietet die Webseite www.e-demokratie.org.

Fast zwei Drittel der Deutschen nehmen einer Umfrage des Branchenverbandes BITKOM zufolge das Internet als Instrument zur Förderung von Demokratie wahr. Für über die Hälfte der Bürger(innen) zwischen 14 und 29 Jahren ist das Netz ein Weg, um Politik persönlich mitzugestalten. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten von E-Partizipation noch längst nicht in und von der gesamten Bevölkerung wahrgenommen.

IM BLICKPUNKT: E-Partizipation will anhand praktischer Beispiele zeigen, welche Möglichkeiten zur politischen Teilhabe das Internet bietet, sei es über die Onlinevarianten klassischer Bürgerbeteiligung in Form von E-Demokratie und E-Government, über Social Media oder durch andere Formen des E-Aktivismus. Ebenso werden die Herausforderungen und Probleme von internetgestützter Partizipation beleuchtet.

Was ist E-Partizipation?

Der Begriff E-Partizipation bezeichnet Formen politischer Teilhabe, bei denen sich Bürger(innen) elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien bedienen, um mit staatlichen Organen oder untereinander an allen möglichen Stellen politischer Prozesse in Kontakt zu treten. Das starre Top-down-Modell elitärer, undurchsichtiger Entscheidungsprozesse soll damit für die Bürgerschaft geöffnet werden.

Idealerweise dient E-Partizipation der beiderseitigen Information, Kommunikation und Vernetzung, um Politik transparent und zugänglich zu machen. Die verschiedenen Kommunikationswege zwischen Regierung und Bürger werden unterschieden nach G2C (government to citizen), C2G (citizen to government) und C2C (citizen to citizen).

Die Abgrenzung zu anderen Begriffen wie E-Demokratie und E-Government, die digitale Formen von Bürgerbeteiligung zum Beispiel durch elektronische Wahlen oder Petitionen, aber auch digitale Behördengänge wie die Onlinesteuererklärung umfassen, und zum E-Aktivismus, der alle Formen politischer oder gesellschaftlicher Aktionen von NGOs oder Einzelpersonen in und aus der digitalen Welt bezeichnet, sind fließend.

G2C: Information und Konsultation

Die einfachste Form der E-Partizipation stellen Informationsangebote staatlicher Organe an ihre Bürger(innen) dar (G2C). Über die Verwaltungssuchmaschine NRW (vsm.d-nrw.de) können Bürger/-innen in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel die Kontaktinformationen öffentlicher Stellen in ihrer Kommune recherchieren. Außerdem bündelt das Angebot die Informationen aus den Webangeboten der Verwaltung in NRW. Um den politischen Alltag transparent zu machen, nutzen Politiker zunehmend die Möglichkeiten des Web 2.0.

Wer sich über den Regierungsalltag informieren möchte, kann dem Regierungssprecher auf Twitter unter „@RegSprecher“ folgen oder multimediale Botschaften von den offiziellen Webseiten der Bundeskanzlerin oder einiger Abgeordneter beziehen. Trotz einzelner Aktionen wie YouTube-Antworten der Kanzlerin auf Bürgerfragen bleibt die Kommunikation bei diesen Angeboten allerdings meist einseitig.

Ganz anders nutzen die Isländer soziale Medien für die Politik: Der Verfassungsrat, dessen Mitglieder vom Volk gewählt wurden, veröffentlicht die Entwürfe nicht nur auf einer Website, sondern überträgt seine Sitzungen live im Internet, berichtet über den je aktuellen Stand über Facebook, Twitter, Flickr und Youtube und erbittet die Kommentare und Anregungen der Bürger. So entstand im Jahr 2011 das Gefühl einer gemeinsamen Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Durch frühzeitige Einbindung und Partizipation von Bürger(inne)n lassen sich Ideen der Bürgerschaft in Planungen einbeziehen, eventuelle Vorbehalte oder Widerstände abbauen und eine größere Akzeptanz von politischen Entscheidungen erzeugen. So finden in Deutschland mittlerweile immer mehr Onlinedialoge und so genannte E-Konsultationen statt, bei der Bürger(innen) um Anregungen, ihre Meinung und um konstruktive Kritik gebeten werden. Seit September 2010 können sie sich beispielsweise als sogenann-

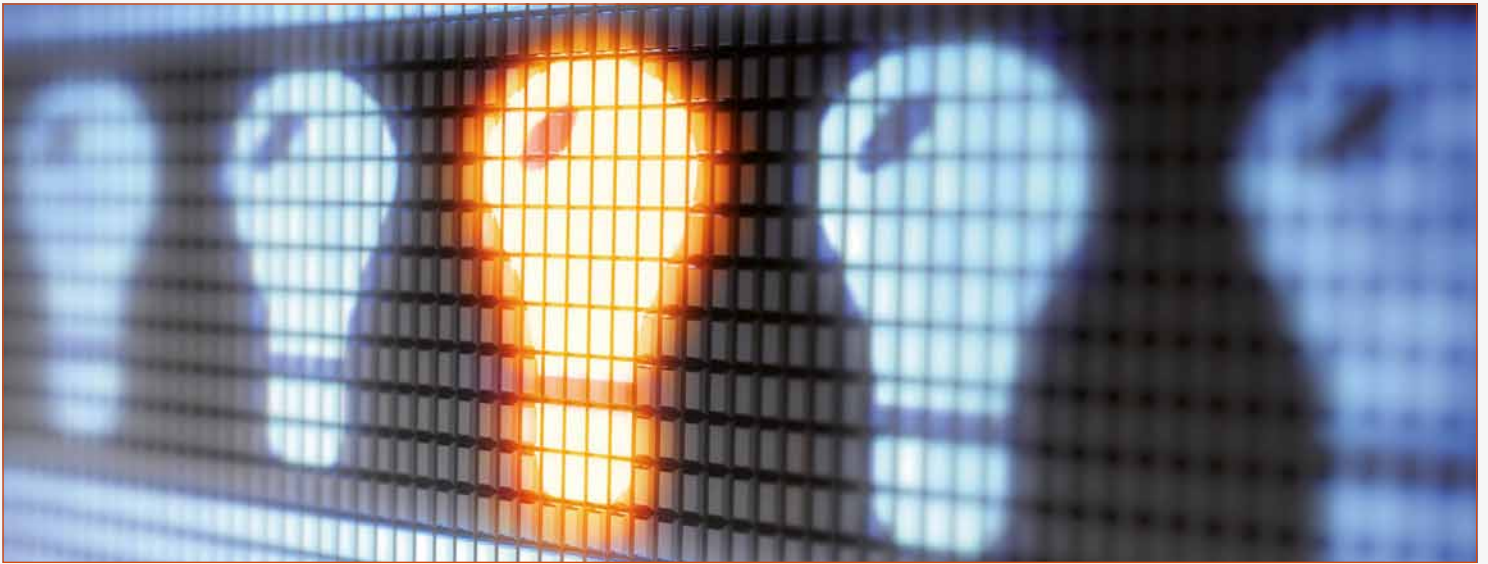
ter „18. Sachverständiger“ an der Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ beteiligen. Hier sind sie eingeladen, Vorschläge zur konkreten Gestaltung einer neuen Internetpolitik zu machen, die eigenen Ideen dort mit anderen Interessierten zu diskutieren und zur Abstimmung zu stellen. Aus den eingebrachten und bewerteten Vorschlägen werden auf der Plattform gemeinsam Papiere erarbeitet, die den Parlamentarier(inne)n und Sachverständigen der Enquete-Kommission als Unterstützung ihrer Arbeit dienen sollen. Unklar bleibt bei diesen Verfahren jedoch oft, welche Eingaben der Bürger wirklich Umsetzung finden und in welchem Verhältnis der finanzielle und zeitliche Aufwand solcher E-Konsultationen zur oft mäßigen Beteiligung von Bürgerseite steht.

Auf kommunaler Ebene finden E-Konsultationen in Nordrhein-Westfalen besonders zu den Themen Sparen und Umwelt statt. Im Jahr 2011 fand die Online-Konsultation zum „Medienpass NRW“ große (fach-) öffentliche Aufmerksamkeit. In diesem Prozess erbat die Landesregierung konstruktive Hinweise und Einschätzungen von interessierten Bürger(inne)n, aber auch von Experten aus dem Bildungsbereich, welche Faktoren zur Einführung dieser schulischen und außerschulischen Medienkompetenzförderungsmaßnahme sie als relevant benennen würden.

C2G: Digitale Petition und direkter Kontakt

Möchten Bürger(innen) ihre Anliegen oder Beschwerden an die Politik herantragen, können sie dies beispielsweise über das Onlineportal des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Öffentliche Petitionen können dort von namentlich registrierten Nutzer(inne)n mitgezeichnet und anonym diskutiert werden. Wie erfolgreich solche Onlineeingaben sein können, zeigt die E-Petition „Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten“: Innerhalb von 48 Stunden nach Veröffentlichung auf der Webseite des Petitionsausschusses im Bundestag unterzeichneten 18.000 Menschen diese Eingabe. Zwei Wochen später waren es bereits 28.252 Unterzeichner(innen).





Eine weitere Möglichkeit für Bürger, online mit den Parlamentarier(inne)n in Kontakt zu treten, ist das Portal abgeordnetenwatch.de. Dort wird das Abstimmungsverhalten von Politiker(inne)n bei namentlichen Abstimmungen dokumentiert. Außerdem können Bürger(innen) dort öffentlich Fragen an EU- und Kommunalpolitiker(innen) beziehungsweise an den jeweiligen Bundes- oder Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises stellen. Von den zwischen Mai 2010 und November 2011 etwa 500 an die Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags gerichteten Bürgerfragen wurden rund 330 beantwortet. Das eigene Profil auf der Plattform ernst zu nehmen und zu pflegen, ist für Politiker(innen) zur Pflicht geworden.

Soll eine solche beiderseitige Kommunikation zwischen staatlichen Institutionen und Bürger(inne)n wie im Beispiel Islands über soziale Netzwerke abgewickelt werden, muss die Frage nach der Unabhängigkeit des Angebots gestellt werden. Facebook, Twitter, Google; alle beliebten Angebote des Web 2.0, die E-Partizipation auf informellem Wege möglich machen, sind gewinnorientierte Unternehmen, zudem mit Sitz im Ausland. Weder können die letztliche Sicherheit der in sozialen Netzwerken diskutierten Informationen garantiert noch Manipulationen und Missbrauch ausgeschlossen werden.

C2C: Politisch aktiv und sozial vernetzt

Politische Partizipation und Information ist aber nicht nur über die Kommunikation mit Regierungsinstitutionen möglich. Bürger(innen) können sich im Internet auch untereinander informieren und vernetzen, um politisch aktiv zu werden. Einzelne Bürger(innen), aber auch organisierte Gruppen und Vereine können durch die mediale Aufbereitung und Verbreitung von eigenen Inhalten oder Themen über das Internet sowohl lokal als auch global informieren. Insbesondere Nichtregierungsorganisationen nutzen Web 2.0-Angebote im Internet, um Mitstreiter(innen) zu gewinnen. Diese Formen von E-Partizipation reichen von kommunalen Bürgerinitiativen bis zu globalen Protestbewe-

gungen. Die politischen Umstürze in der arabischen Welt, die Ende 2010 in Tunesien ihren Anfang nahmen, zeigen das kritische Informations- und Vernetzungspotenzial des Internets: Demonstrationen wurden über soziale Netzwerke wie Facebook organisiert. Informationen, vor allem in Form von Bild- und Videomaterial, konnten zeitnah und an der Medienzensur vorbei im Internet veröffentlicht werden.

Information und Aktion gehen bei Plattformen wie bei *compact* oder *greenaction* von Greenpeace Hand in Hand: Über Texte, Videos und Bilder kann man dort auf Themen aufmerksam machen, zu Demonstrationen aufrufen und Gelder sammeln. Registrierte Nutzer können mit wenigen Klicks Petitionen unterschreiben, spenden oder ihr Engagement öffentlich zeigen, indem sie vorbereitete E-Mails an Freunde versenden oder Logos und Bilder von Kampagnen auf ihren Social Media-Profilen oder in ihren Blogs veröffentlichen – eine digitale Version von Flugblatt und Anstecknadel.

Der Vorteil von Demonstrationenaufrufen über soziale Netzwerke oder zentrale Plattformen liegt darin, dass man sich schnell informieren lassen und bequem vernetzen kann. Aber so besteht auch die Gefahr der Unverbindlichkeit: Erzeugt wird schnelle Begeisterung, diese kann aber auch schnell wieder verpuffen. Im Zuge der Aufstände in der arabischen Welt wurde wieder und wieder betont, dass Revolutionen – auch wenn sie über das Internet organisiert werden – immer noch auf der Straße statt finden. Inwiefern ein Klick auf den „Gefällt mir“-Button mehr als die temporäre Verbreitung einer Information in einem beschränkten Kreis leisten kann, ist fraglich.

Zusammenetwaszubewegen ist auch das Ziel von Kollaborationsplattformen. Im Sinne des „Crowdsourcing“-Gedankens können Internetnutzer(innen) dort freiwillig ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und gemeinsam an einem Projekt arbeiten: Durch die Arbeit von über tausend Freiwilligen auf der Kollaborationsplattform *Guttenplag-Wiki* konnten dem damaligen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg 2011 erhebliche Mängel in seiner Doktorarbeit nachgewiesen werden, was zu seinem Rücktritt führte und weitere Politiker(innen) ins Visier der On-

Links

- Die Verwaltungssuchmaschine NRW hilft bei der Suche nach Informationsangeboten und Diensten der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen.
vsm.d-nrw.de
- Auf der offiziellen Webseite der Bundeskanzlerin gibt Angela Merkel über Videobotschaften, Podcasts und Fotos Einblick in den Regierungsalltag und informiert über aktuelle Themen und Termine. Auch ihre Reden und der Twitterstream ihres Regierungssprechers sind dort abrufbar.
www.bundeskanzlerin.de
- An der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ können sich interessierte Bürger(innen) voraussichtlich noch bis Sommer 2012 als sogenannter „18. Sachverständiger“ mit Handlungsvorschlägen zu einer neuen Internetpolitik in Deutschland beteiligen.
<https://www.enquetebeteiligung.de/>
- Über das Portal des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages können Bürger(innen) Petitionen online einbringen, diskutieren und mitzeichnen.
<https://petitionen.bundestag.de/>

line-Plagiatsjäger brachte. Die Enthüllungsplattform Wikileaks bat seine Unterstützer im Jahr 2010, über 100.000 auf der Plattform veröffentlichte geheime diplomatische Depeschen zu sichten.

Dieses Potential zur Schwarmbildung und die Anonymität des Webs nutzen die Aktivisten von Anonymous wortwörtlich. Die aus dem Internet entstandene Protestbewegung, die sich besonders für Informationsfreiheit und Anonymität im Internet einsetzt, machte 2008 zunächst durch weltweite Demonstrationen gegen Scientology auf sich aufmerksam. Hauptsächlich ist Anonymous aber im Internet aktiv: über gehackte Websites und DDos-Attacken blockierten sie zum Beispiel die Regierungsseiten von Ländern, die während der Revolutionen in der arabischen Welt das Internet zensurierten. In der Kritik stehen Anonymous allerdings auch für ihr teils illegales Vorgehen.

Digital Divide

Die Aktionen von Anonymous veranschaulichen weitere Probleme des E-Aktivismus. Oft sind Kampagnen und Protestaufrufe nur erfolgreich, wenn ein Thema viele Menschen angeht oder sich an eine Gruppe richtet, die das Internet und Soziale Medien schon souverän für sich nutzt. Ein selbstverständlicher Umgang mit den Möglichkeiten von Social Media, der auch eine gewisse Sachkunde bei den Nutzer(inne)n voraussetzt, ist aber noch lange nicht in der gesamten Bevölkerung gegeben. Auch wenn der Anteil der Internetnutzer(innen) in Deutschland mittlerweile fast drei Viertel der Bevölkerung über 14 Jahren beträgt und jährlich steigt, ist längst nicht jede Bevölkerungsgruppe in gleicher Weise im Internet unterwegs.

Nach Ergebnissen des (N)Onliner-Atlas 2011 ist der „klassische“ Internetnutzer in Deutschland immer noch männlich, zwischen 14 und 29 Jahren alt, berufstätig und lebt in den alten Bundesländern. Nur etwa jeder zweite Bürger über 50 ist online. Während Nordrhein-Westfalen mit 74,4 Prozent „Onlinern“ im Bundesdurchschnitt liegt, sind es in Sachsen-Anhalt nur 64,2 Prozent der Bevölkerung. Eine Demokratie, in der Wahlen und parlamentarische Entscheidungen

den Willen des gesamten Volkes repräsentieren sollen, kann daher nicht allein auf internetgestützte Partizipationsformen setzen. Eine Auswahl an verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten muss stets gegeben sein.

Authentizität vs. Anonymität

Beteiligungsformen und Partizipationskonzepte jeglicher Art - insbesondere Beteiligungen an demokratischen Entscheidungsprozessen – sind wegen ihrer gesellschaftlichen Tragweite auf die Echtheit, also Authentizität ihrer Teilnehmer(innen) angewiesen. Eine abgegebene Stimme für oder gegen einen bestimmten Beschluss, eine Konsultation von Bürger(inne)n zu einem bestimmten Thema oder jede andere politische Willensbekundung sind vor dem Hintergrund ihrer Echtheit zu beurteilen. Die analogen Wahlverfahren

Hintergrund

DoS-Attacken können Online-Dienste durch eine Überflutung von Anfragen lahmlegen. Webseiten sind dann zum Beispiel temporär nicht mehr erreichbar. Während ein solcher Ausfall auch rein technisch bedingt sein kann, werden bei DDos-Attacken (Distributed Denial of Service) Webseiten gezielt von einer Menge an Menschen aus dem Internet angegriffen.

Crowdfunding bezeichnet die meist internetgestützte Finanzierung von Aktionen und Projekten durch eine oft anonyme Menge (Crowd) von Nutzer(inne)n, die bereit sind, das jeweilige Vorhaben mit meist kleinen Beiträgen finanziell zu unterstützen. Abgewickelt werden die Spenden zum Beispiel über bekannte Social-Payment-Dienste wie **flattr.com** oder Crowdfunding-Plattformen wie **www.startnext.de**.

Crowdsourcing bezeichnet die Auslagerung (Outsourcing) von Arbeitsaufträgen an eine Menge von Freiwilligen, die über das Internet gemeinsam am jeweiligen Projekt arbeiten. Besonders im Bereich der Entwicklung von Open Source-Software findet Crowdsourcing statt, ein international bekanntes Beispiel hierfür ist das Betriebssystem Linux.

Links

- [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) dokumentiert das Abstimmungsverhalten von Politiker(inne)n auf kommunaler, europäischer, Land- und Bundestagebene. Dort können Bürger(innen) Fragen an ihre Abgeordneten stellen.
www.abgeordnetenwatch.de
- Die Plattformen [campact](http://campact.de) und [greenaction](http://greenaction.de) ermöglichen verschiedene Formen des E-Aktivismus, indem man dort multimedial zu aktuellen Themen aus Politik und Umweltschutz informieren, Petitionen unterzeichnen, Spenden (sammeln) und zu Protesten aufrufen kann.
www.campact.de | www.greenaction.de
- Über die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling informiert Asiem El Difraoui auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung.
www.bpb.de/themen/QSBCIZ,1,0,Die_Rolle_der_neuen_Medien_im_Arabischen_Fr%FChling.html
- Das GuttenplagWiki wurde 2011 für seine gründliche und faire Recherche und Dokumentation der plagiierten Stellen in der Doktorarbeit von Karl-Theodor zu Guttenberg mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet.
<http://de.guttenplag.wikia.com>

ren, die die Bürger(innen) von den demokratischen Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen kennen, haben diesbezüglich einen hohen Sicherheitsstandard erreicht. Gleiches gilt für die Abgabe von elektronischen oder „virtuellen“ Stimmen noch nicht. Das sogenannte E-Voting, stellt nicht nur hohe Ansprüche an technische Sicherheitsstandards, auch das Vertrauen der Bürger(innen) in die Geheimhaltung ihrer Stimmabgabe muss für solche virtuellen Verfahren erst noch gewonnen werden.

Die Frage nach dem Datenschutz stellt sich nicht nur im Bezug auf die Unternehmen, über deren Plattformen E-Partizipation abgewickelt wird. Die Diskussionen um Vorratsdatenspeicherung und Onlinedurchsuchungen haben gezeigt, dass auch Kommunikation über das Internet effektiv von Staatswegen überwacht werden kann. Transparenz politischer Entscheidungen darf nicht mit der Transparenz des politisch engagierten Bürgers für den Staat erkaufte werden. Viele Leistungen von E-Partizipation, gerade in brisanten Situationen wie den Revolutionen in Nordafrika, sind auf die Anonymität des Netzes zurückzuführen.

Bevor sich demokratische Wahlen auf virtueller Basis zu einer gesellschaftlich relevanten Größe entwickeln können, muss sich das Spannungsverhältnis zwischen der Sicherheit privater Daten im Netz und der notwendigen Feststellung von Authentizität einer Wähleridentität lockern. Auch wer nicht in sozialen Netzwerken präsent ist, darf nicht von der politischen Beteiligung ausgeschlossen werden, genauso wenig wie Menschen, denen es an den nötigen Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet mangelt.

Fazit

E-Partizipation bietet enorme Chancen, politische Prozesse für Bürger(innen) transparent zu machen und ihnen Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitentscheidung zu bieten. Der Weg in „die oberen Etagen“ der

Politik kann sich über E-Petitionen oder Dialogplattformen für Bürger(innen) erheblich verkürzen und vereinfachen. Dazu muss aber sichergestellt sein, dass jeder interessierte Bürger über die nötigen Fähigkeiten im Umgang mit den entsprechenden Angeboten verfügt. Weiterhin muss das Engagement der Bevölkerung ernst genommen werden. Dennoch ist nicht jedes Thema für die breite Netzöffentlichkeit interessant und nicht jede Sache kann von einer allgemeinen Öffentlichkeit im Internet entschieden werden.

Staatliche Organe haben über moderne Informations- und Kommunikationstechnologien die Möglichkeit, leichter mit Bürger(inne)n in Kontakt zu treten. Dabei darf keine Gruppe, z.B. Menschen mit Behinderungen, von vornherein ausgeschlossen sein. Dennoch können nicht alle Menschen auf diesem Wege erreicht werden. Politik kann genauso wenig wie Protest ausschließlich im Internet stattfinden, aber E-Partizipation kann die Einstiegsschwelle erheblich senken.

Impressum

Die Erstellung dieser Broschüre wurde von der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Sie kann kostenlos unter www.grimme-institut.de/imblickpunkt heruntergeladen werden.

Grimme-Institut
Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH
Eduard-Weitsch-Weg 25 · D-45768 Marl
Tel: +49 (0) 2365 9189-0 · Fax: +49 (0) 2365 9189-89
E-Mail: info@grimme-institut.de
Internet: www.grimme-institut.de

Text: Cathrin Bengesser · Redaktion: Annette Schneider
Gestaltung und Layout: Georg Jorczyk
Bildquelle: Pavel Ignatov / fotolia.com

Redaktionsschluss: Dezember 2011